

## Fragen

**für die Fragestunde der 206. Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 18. Dezember 2024**

### Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökey (Gruppe Die Linke)	6, 34	Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	28, 29
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 21	Klein, Karsten (FDP)	14
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	19, 20
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	44, 45	Meister, Michael, Dr. (CDU/CSU)	36, 37
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	10, 11	Nastic, Zaklin (Gruppe BSW)	17
Erndl, Thomas (CDU/CSU)	7, 8	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	25, 41
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	15, 16	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	9, 12
Gebhart, Thomas, Dr. (CDU/CSU)	18, 26	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	42, 43
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	35, 40	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	22, 30
Hardt, Jürgen (CDU/CSU)	3, 4	Schattner, Bernd (AfD)	32, 33
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	31, 38	Seitz, Thomas (fraktionslos)	23, 24
Herbst, Torsten (FDP)	27, 39	Zippelius, Nicolas (CDU/CSU)	5

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts .....	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung .....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit .....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung .....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz .....	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen .....	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat .....	14

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

1. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)      Wie viele Stunden hat die Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock in der aktuellen Legislaturperiode auf Dienstreisen verbracht, und auf welche Gesamtsumme beläuft sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer dienstlichen Reisen?
  
2. Abgeordneter  
**Stephan Brandner**  
(AfD)      Von wie vielen Ermittlungsverfahren gegen Mitarbeiter des Auswärtigen Amts wegen des Verdachts der Rechtsbeugung im Zusammenhang mit der Visa-Vergabe an Afghanen trotz ungültiger Pässe hat das Auswärtige Amt aktuell Kenntnis ([www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100435534/annalena-baerbock-wohl-er-mittlungen-gegen-mitarbeiter-des-aussenministeriums.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100435534/annalena-baerbock-wohl-er-mittlungen-gegen-mitarbeiter-des-aussenministeriums.html))?
  
3. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU)      Welche außenpolitischen Erwägungen führten dazu, dass vor allem Munition nach Aussagen israelischer Regierungsmitglieder seit der Ankündigung des Bundeskanzlers Olaf Scholz im Plenum des Deutschen Bundestages am 10. Oktober 2024, Waffen nach Israel liefern zu wollen, bis zur erneuten Zusicherung des Bundeskanzlers Olaf Scholz in der Regierungsbefragung am 4. Dezember 2024, Waffen nach Israel liefern zu wollen, tatsächlich nicht aus Deutschland nach Israel geliefert wurde, und wann und auf welcher Ebene erörterte die Bundesregierung diese Erwägungen seit dem 10. Oktober 2024 mit der israelischen Regierung?
  
4. Abgeordneter  
**Jürgen Hardt**  
(CDU/CSU)      Warum hat die Bundesregierung angesichts des Umgangs mit Demonstrierenden und Vorwürfen der Wahlfälschung in Georgien und aufgrund der nicht zu erzielenden Einstimmigkeit auf EU-Ebene bisher nicht gegen führende Politiker der Partei Georgischer Traum Sanktionen verhängt, so wie es die baltischen Staaten bereits getan haben, und hat die Bundesregierung vor, dies noch zu tun?
  
5. Abgeordneter  
**Nicolas Zippelius**  
(CDU/CSU)      Inwieweit bietet die Bundesregierung chinesischen „Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidigern geschützte Räume“, wie sie in ihrer China-Strategie ausführt, und wie setzt sie sich dafür ein, dass „ihre Stimmen Geltung finden“?

6. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf internationaler Ebene darauf hinzuwirken, dass das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) auch in den Gebieten der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien humanitäre Hilfe für Binnenvertriebene, die aufgrund der aktuellen Angriffe von Dschihadisten-Milizen im Nordwesten Syriens in den Nordosten fliehen, leistet (vgl. <https://nordundostsyrien.de/pm-binne-nertriebene-nos-aleppo/>), im Hinblick darauf, dass nach meinem derzeitigen Kenntnisstand humanitäre Unterstützung bislang ausschließlich den bis zu dessen Sturz von Machthaber Baschar al-Assad kontrollierten Gebieten zukommt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auf diplomatischem Weg auf den NATO-Partner Türkei Einfluss zu nehmen, damit die Türkei ihre Unterstützung für die Dschihadisten-Milizen in Syrien (vgl. [www.dw.com/de/welche-ziele-verfolgt-die-t%C3%BCrkei-in-syrien/a-70954828](http://www.dw.com/de/welche-ziele-verfolgt-die-t%C3%BCrkei-in-syrien/a-70954828); [www.syriahr.com/en/350368/](http://www.syriahr.com/en/350368/) und [www.syriahr.com/%D8%A5%D8%B9%D8%AF%D8%A7%D9%85%D8%A7%D8%AA-%D9%88%D8%A5%D8%B0%D9%84%D8%A7%D9%84-%D8%A8%D8%AD%D9%82-%D8%A7%D9%84%D9%83%D8%B1%D8%AF-%D8%A7%D9%84%D9%81%D8%B5%D8%A7%D8%A6%D9%84-%D8%A7%D9%84%D9%85%D9%88/739016/](http://www.syriahr.com/%D8%A5%D8%B9%D8%AF%D8%A7%D9%85%D8%A7%D8%AA-%D9%88%D8%A5%D8%B0%D9%84%D8%A7%D9%84-%D8%A8%D8%AD%D9%82-%D8%A7%D9%84%D9%83%D8%B1%D8%AF-%D8%A7%D9%84%D9%81%D8%B5%D8%A7%D8%A6%D9%84-%D8%A7%D9%84%D9%85%D9%88/739016/)) beendet?
7. Abgeordneter  
**Thomas Erndl**  
(CDU/CSU)
- Knüpft die Bundesregierung die im 8-Punkte-Plan angekündigte humanitäre Hilfe sowie zukünftige Hilfszusagen an Syrien an Bedingungen, die über die von der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Svenja Schulze geforderten Freiheitsrechte für Minderheiten und Frauen hinausgehen, wie etwa die Rückführung syrischer Flüchtlinge aus Deutschland, und wie definiert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die konkreten Aufgaben des neuen Sonderkoordinators für Syrien, Staatsminister Dr. Tobias Lindner, sowie die zur Umsetzung seiner Aufgaben geplanten Maßnahmen?

8. Abgeordneter  
**Thomas Erndl**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung das bestehende Sanktionsregime gegen russische Söldnergruppen in Afrika – insbesondere gegen Nachfolgeorganisationen der Wagner-Gruppe wie das Afrikakorps und die African Initiative – angesichts der von russischer staatlicher Seite durchgeführten Reorganisation dieser Akteure im Nachgang der Wagner-Rebellion für ausreichend, um deren Aktivitäten effektiv einzudämmen, und plant die Bundesregierung, besagte Nachfolgeorganisationen der Wagner-Gruppe – insbesondere das Afrikakorps und die African Initiative – sowie deren führende Akteure mit neuen und gezielten Sanktionen zu belegen, ähnlich, wie es Großbritannien bereits getan hat?
9. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen im Einzelnen zu benennenden Gründen wahren der Betrieb der crossmedialen Plattform Deutschland.de und der dazugehörigen Social-Media-Auftritte durch die Fazit Communication GmbH im Auftrag des Auswärtigen Amts ([www.deutschland.de/de/impressum](http://www.deutschland.de/de/impressum)) nach Auffassung der Bundesregierung das verfassungsrechtliche Gebot der Staatsfreiheit der Presse und in Anbetracht vergleichbarer privater Angebote am Markt auch die Grenzen des Wettbewerbsrechts?
10. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung ggf. gegenüber Israel beispielsweise bezüglich eines Rüstungsexportstopps daraus, dass Israel neben den Vorwürfen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zu internationalen Haftbefehlen durch den Internationalen Strafgerichtshof gegen Israels Premierminister Benjamin Netanyahu und Israels Verteidigungsminister Yoav Gallant geführt haben ([www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/netanjahu-gallant-deif-haftbefehl-israel-nahost-faq-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/netanjahu-gallant-deif-haftbefehl-israel-nahost-faq-100.html)), nun auch durch die Angriffe auf Syrien nach Angaben von UNO-Experten gegen das Völkerrecht verstößt, wobei die israelische Armee zudem noch Truppen in die Pufferzone zwischen den von Israel besetzten Golanhöhen und Syrien verlegt hat bzw. mitunter auch außerhalb der Pufferzone in Syrien aktiv sein soll (dpa vom 11. Dezember 2024), und hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, ob es absolut keine völkerrechtliche Grundlage für die militärischen Operationen wie das Einrücken in die UN-Pufferzone oder gar darüber hinaus sowie ein präventives Entwaffnen eines Landes durch militärische Angriffe gibt (dpa vom 12. Dezember 2024)?

11. Abgeordnete  
**Sevim Dağdelen**  
(Gruppe BSW)

Inwieweit hat sich das Agieren der Türkei beispielsweise bezogen auf die im Widerspruch zum Völkerrecht stehenden Militäroperationen der Türkei in Syrien und im Irak (u. a. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages WD 2 – 3000 – 116/19 und WD 2 – 3000 – 031/22), den Bruch des Waffenembargos gegenüber Libyen (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 61 auf Bundestagsdrucksache 19/19240), die mutmaßliche Förderung des islamistischen Terrorismus ([www.deutschlandfunk.de/einstufung-als-terrorhelfer-tuerkei-weist-vor-wuerfe-der-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/einstufung-als-terrorhelfer-tuerkei-weist-vor-wuerfe-der-100.html)), die militärischen Drohungen gegenüber Griechenland und Zypern (WD 2 – 3000 – 101/20, S. 8) sowie die Massenverhaftungen von Erdoğan- bzw. Regimekritikern und Gewalt gegen diese ([www.fr.de/politik/menschenrechte-tuerkei-gefaengnisse-politische-gefangene-erdogan-zr-93118005.html](http://www.fr.de/politik/menschenrechte-tuerkei-gefaengnisse-politische-gefangene-erdogan-zr-93118005.html)) nach Kenntnis der Bundesregierung dahingehend geändert, dass sie ihren ursprünglich erklärten „konsequenten und strikten Kurs“ bezogen auf ihre restriktive Rüstungsexportpolitik gegenüber der Türkei ([www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/annen-bundestag-tuerkei-nordsyrien-2257764](http://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/annen-bundestag-tuerkei-nordsyrien-2257764)) dahingehend geändert hat, dass der Wert der Rüstungsexportgenehmigungen im Jahr 2024 deutlich gestiegen ist, und hat sich das entsprechende Agieren auch dahingehend geändert, dass sich die Bundesregierung dem Verkauf von Kampfflugzeugen des Typs Eurofighter nicht mehr entgegenstellt, vor dem Hintergrund, dass sie nach Einschalten der NATO-Staaten England, Italien und Spanien eine positive Antwort bezüglich des Verkaufs gegeben habe ([www.fr.de/politik/blockade-aufgehoben-deutschland-nickt-40-eurofighter-fuer-die-tuerkei-ab-zr-93412616.html](http://www.fr.de/politik/blockade-aufgehoben-deutschland-nickt-40-eurofighter-fuer-die-tuerkei-ab-zr-93412616.html))?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums  
der Justiz**

12. Abgeordneter  
**Dr. Martin Plum**  
(CDU/CSU)
- Aus welchen im Einzelnen zu benennenden Gründen hat die Bundesregierung noch keinen Entwurf eines „ersten Jahres-Bürokratieentlastungsgesetz[es]“ vorgelegt, obwohl sie in ihrer sog. Wachstumsinitiative vom 5. Juli 2024 angekündigt hat, „zügig“ mit den Arbeiten an einem solchen Gesetz zu beginnen ([www.bundesregierung.de/resource/blob/976020/2297962/ab6633b012bf78494426012fd616e828/2024-07-08-wachstum-sinitiative-data.pdf?download=1](http://www.bundesregierung.de/resource/blob/976020/2297962/ab6633b012bf78494426012fd616e828/2024-07-08-wachstum-sinitiative-data.pdf?download=1)), und bis wann beabsichtigt die Bundesregierung, den Entwurf eines „ersten Jahres-Bürokratieentlastungsgesetz[es]“ vorzulegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der  
Verteidigung**

13. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung nach den aktuellen Ereignissen in Syrien die Sicherheitslage für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in der Region ein (siehe dazu: [www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeswehr-irak-verlaengerung-2309292](http://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/bundeswehr-irak-verlaengerung-2309292)), und welche Vorbereitungen trifft die Bundesregierung, um in jeder Lage ihrer Fürsorgepflicht für deutsche Soldatinnen und Soldaten nachkommen zu können?
14. Abgeordneter  
**Karsten Klein**  
(FDP)
- Wie ist der Bindungsstand des Sondervermögens Bundeswehr zum Stichtag 13. Dezember 2024 in absoluten Zahlen, und auf welche Summe beläuft sich der aktuelle Ausgabenstand?

15. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Ist die mir vorliegende Information zutreffend, dass im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung ein Vergabeverfahren für eine vierstellige Anzahl von Rucksäcken für die Spezialkräfte der Bundeswehr begonnen wurde und ein Stückpreis pro Rucksack von mehr als 10.000 Euro absehbar ist, obwohl vergleichbare Rucksäcke am Markt für nur einen Bruchteil dieser Summe angeboten werden, und liegen dem Bundesministerium der Verteidigung Indizien dazu vor, dass die für das „System Sturmgewehr Bundeswehr“ ausgewählte Optik beispielsweise aufgrund einer nicht auflösbaren Inkompatibilität mit der Nachtsichtbrille LUCIE 2 untauglich ist, sodass aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung heraus andere Anbieter entsprechender Optiken, die bereits bei der Bundeswehr eingeführt worden sind, zur Abgabe eines Angebots von zeitnah zu liefernden 10.000 Optiken (deren Wert unterhalb der 25-Mio.-Euro-Grenze liegt) aufgefordert wurden, um die initiale Einführung des „Systems Sturmgewehr Bundeswehr“ trotz der benannten Probleme im kommenden Jahr ermöglichen zu können?
16. Abgeordneter  
**Ingo Gädechens**  
(CDU/CSU)
- Bis wann plant die Bundesregierung, alle notwendigen Meilensteine (wie beispielsweise Anpassentwicklung, Nachweisführung, Qualifizierung, Integration in deutsche Führungssysteme etc.) bis zu einer vollständigen Nutzbarkeit des neu zu beschaffenden Waffensystems PULS erreicht zu haben, und aus welchen Gründen wird der in der Beschaffung befindliche 60-mm-Mörser für die Infanterie nach mir vorliegenden Informationen auch im Jahr 2025 nicht bei der Truppe eingeführt werden bzw. uneingeschränkt nutzbar sein (bitte ausführlich darstellen), obgleich die Initiative zum Projekt bereits 2013 gebilligt wurde (vgl. <https://soldat-und-technik.de/2023/02/bewaffnung/34067/60-mm-moerser-fuer-die-infanterie-das-leichte-wirkmittel-indirektes-feuer/>)?
17. Abgeordnete  
**Zaklin Nastic**  
(Gruppe BSW)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Stand bei dem sogenannten „strategische[n] Ziel“ der Bundeswehr ein, „bis zum Jahr 2031 die Personalstärke auf rund 203.000 Soldatinnen und Soldaten zu erhöhen“ ([www.bmvg.de/de/themen/personal/die-bundeswehr-als-arbeitgeber](http://www.bmvg.de/de/themen/personal/die-bundeswehr-als-arbeitgeber)), und ist beabsichtigt, diese Zahl beizubehalten?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Ernährung und Landwirtschaft**

18. Abgeordneter  
**Dr. Thomas Gebhart**  
(CDU/CSU)      Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Verhandlungsstand zu einem EU-weiten Stopp der Ausweitung von Rebflächen, und welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um ihre Position hier durchzusetzen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 73 auf Bundestagsdrucksache 20/13511)?
19. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)      Plant die Bundesregierung, bis zum Ende der Legislaturperiode Änderungen an der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vorzunehmen, und wenn ja, inwiefern?
20. Abgeordnete  
**Ina Latendorf**  
(Gruppe Die Linke)      In welcher Umsetzungsphase befindet sich mit welchen derzeit vorliegenden Ergebnissen die Tierversuchsreduktionsstrategie der Bundesregierung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Gesundheit**

21. Abgeordnete  
**Canan Bayram**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)      Wann wird von der Bundesregierung die seit 2023 versprochene zweite Säule der Cannabis-Legalisierung umgesetzt, die eine „kontrollierte Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften“ vorsieht (siehe dazu: [www.lto.de/recht/hintergruende/h/cannabis-legalisierung-zweite-saeule-gesetzentwurf-modellvorhaben-bmg-bmel](http://www.lto.de/recht/hintergruende/h/cannabis-legalisierung-zweite-saeule-gesetzentwurf-modellvorhaben-bmg-bmel)), und falls nicht, warum nicht, obwohl „führende Experten des Cannabisrechts“ der Auffassung sind, dass sich dies mit einer bereits vorliegenden Verordnung aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft „kurzfristig und ohne Zustimmung des Bundesrats“ umsetzen lässt?
22. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)      Sieht die Bundesregierung Anpassungsbedarf beim § 13 Absatz 2b des Arzneimittelgesetzes (AMG), um sicherzustellen, dass zugelassene (radioaktive) Arzneimittel dann Vorrang haben, sobald sie verfügbar sind, und wenn nein, warum nicht?

23. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(fraktionslos)
- Welche Chargen des Impfstoffs „Comirnaty“ der Firma BioNTech weisen die neun häufigsten Verdachtsmeldungen zu Nebenwirkungen auf, soweit diese in die Kategorien „Tod“, „Myokarditis/Perikarditis“ bzw. „Thrombose/Sinusvenenthrombose“ fallen (bitte Chargen unter Angabe der auf die jeweiligen Kategorien entfallenden Verdachtsmeldungen der Liste des Paul-Ehrlich-Instituts benennen; vgl. Artikel von Andreas Zimmermann vom 12. Dezember 2024, „Nebenwirkung Tod – das Impfchargen-Roulette“, [www.achgut.com/artikel/nebenwirkung\\_tod\\_das\\_impfchargenroulette](http://www.achgut.com/artikel/nebenwirkung_tod_das_impfchargenroulette))?
24. Abgeordneter  
**Thomas Seitz**  
(fraktionslos)
- Hält die Bundesregierung an ihrer Antwort auf meine Mündlichen Fragen 35 und 36 im Plenarprotokoll 20/202 zum Kenntnisstand „der Bundesregierung und den ihr nachgeordneten Dienststellen, insbesondere dem Paul-Ehrlich-Institut“ über Schadensverdachtsmeldungen zum Impfstoff Comirnaty der Firma BioNTech fest, wonach keine Kenntnisse über „unverhältnismäßige Häufungen von Verdachtsfällen einer Nebenwirkung“ bei einzelnen Chargen vorlägen und es insbesondere zu den Chargen EM0477 und EJ6788 „keine Hinweise hinsichtlich gehäufter Meldungen von Verdachtsfällen“ gebe, nachdem Auswertungen von Daten über gemeldete Verdachtsfälle, die das Paul-Ehrlich-Institut am 28. November 2024 veröffentlicht habe ([www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/rohdaten-sicherheitsberichte/download-xls-uaw-daten-2020-12-27-bis-2023-12-31.html?nn=169638&cms\\_dlConfirm=true](http://www.pei.de/SharedDocs/Downloads/DE/newsroom/dossiers/rohdaten-sicherheitsberichte/download-xls-uaw-daten-2020-12-27-bis-2023-12-31.html?nn=169638&cms_dlConfirm=true)), zum Ergebnis kommen, dass von 235 Chargen für Comirnaty, für die es Schadensmeldungen gegeben habe, zwar nur 145 Chargen mehr als 40 Verdachtsmeldungen aufwiesen, davon aber 20 Chargen mehr als 4.000 Verdachtsmeldungen auf sich vereinten, wobei an der Spitze die Charge EX8679 mit 10.579 Verdachtsfällen stehe und bei der Charge EM0477 bei insgesamt 4.864 Schadensverdachtsmeldungen Hunderte von Todesfällen gemeldet worden seien (<https://x.com/AnwaltUlbrich/status/1865523132284407841>)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Digitales und Verkehr**

25. Abgeordneter  
**Tobias Matthias  
Peterka**  
(AfD)      Wie viele Einzelinhalte haben die durch die Bundesnetzagentur zugelassenen „Trusted Flagger“ im ganzen Jahr 2024 gemeldet, und wie viele dieser Inhalte werden per strafrechtlichem Ermittlungsverfahren bislang weiter verfolgt?
26. Abgeordneter  
**Dr. Thomas  
Gebhart**  
(CDU/CSU)      Liegt der Bundesregierung eine ausreichende Zahl an Meldungen zu den internationalen Speicherungen von Treibstoffschnellablässen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 189 auf Bundestagsdrucksache 20/5942) vor, und falls ja, welche Rückschlüsse zieht sie daraus, und falls nein, ab welcher Zahl sind ausreichend Meldungen vorhanden, um Rückschlüsse zu ziehen?
27. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)      Wie viele Verkehrsverbünde haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung seit Einführung des Deutschlandtickets aufgelöst oder planen eine Auflösung?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Bildung und Forschung**

28. Abgeordneter  
**Thomas Jarzombek**  
(CDU/CSU)      Wie viele Bundesmittel sollen entsprechend der geplanten gemeinsamen Erklärung von Bund und Ländern zu einem Digitalpakt 2.0 im Jahr 2025 für Neubewilligungen zur Verfügung stehen, und wie hoch sind die in der geplanten gemeinsamen Erklärung angekündigten verbindlichen Jahrestanchen der Bundesmittel in den Jahren 2025, 2026, 2027, 2028, 2029 und 2030 (siehe [www.jmwiarda.de/2024/12/06/so-soll-der-digitalpakt-2-0-aussehen/](http://www.jmwiarda.de/2024/12/06/so-soll-der-digitalpakt-2-0-aussehen/))?
29. Abgeordneter  
**Thomas Jarzombek**  
(CDU/CSU)      Wie wird die Finanzierung der vom Bundesminister für Bildung und Forschung Cem Özdemir gemachten Zusagen für einen Digitalpakt 2.0 mit einem Bundesanteil in Höhe von 2,5 Mrd. Euro (siehe [www.spiegel.de/panorama/bildung/digitalpakt-2-0-zwischen-bund-und-laendern-zeichnet-sich-kompromiss-ab-a-f2d07429-26b1-4eaa-83ae-d568546c04](http://www.spiegel.de/panorama/bildung/digitalpakt-2-0-zwischen-bund-und-laendern-zeichnet-sich-kompromiss-ab-a-f2d07429-26b1-4eaa-83ae-d568546c04)) genau abgebildet, und welche Vorkehrungen wurden hierzu im Bundesministerium der Finanzen getroffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen**

30. Abgeordneter  
**Lars Rohwer**  
(CDU/CSU)
- Ist die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung für die zukünftige Unterbringung der Bundesstiftung Bauakademie nach Januar 2025 abgeschlossen (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 47 im Plenarprotokoll 20/202), und wenn ja, wie ist die Lösung genau ausgestaltet (bitte Konditionen und haushälterische Abdeckung aufführen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für  
Wirtschaft und Klimaschutz**

31. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Worin liegen nach Ansicht der Bundesregierung die Gründe dafür, dass Deutschland seit 2023 bereits das zweite Rezessionsjahr infolge droht, und inwiefern haben Entscheidungen der Bundesregierung zu dem Rückgang der Wirtschaftsleistung beigetragen?
32. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)
- Was möchte die Bundesregierung gegen die anhaltende Wirtschaftskrise unternehmen?
33. Abgeordneter  
**Bernd Schattner**  
(AfD)
- Welche Gesetzentwürfe bzw. Debatten möchte das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz bis zu den angekündigten Neuwahlen noch einbringen, bzw. welches Fazit zieht der Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck aus der bisherigen Legislatur?
34. Abgeordnete  
**Gökay Akbulut**  
(Gruppe Die Linke)
- Welche Garantien begleiten die jüngsten Rüstungsexporte Deutschlands in die Türkei (vgl. [www.fr.de/politik/ruestungsexporte-tuerkei-hoehster-stand-seit-2006-erdogan-scholz-syrien-zr-93465893.html](http://www.fr.de/politik/ruestungsexporte-tuerkei-hoehster-stand-seit-2006-erdogan-scholz-syrien-zr-93465893.html)), um sicherzustellen, dass die gelieferten Waffen nicht in Nord- und Ostsyrien eingesetzt werden, wo das türkische Militär gezielt kritische Infrastrukturen wie Wasser, Strom und Kornspeicher (vgl. [www.zdf.de/nachrichten-sendungen/zdf-morgenmagazin/zdf-morgenmagazin-vom-13-dezember-2024-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten-sendungen/zdf-morgenmagazin/zdf-morgenmagazin-vom-13-dezember-2024-100.html)) sowie Zivilisten (vgl. [www.dw.com/de/bericht-t%C3%BCrkische-drohnen-t%C3%B6ten-viele-zivilisten-in-syrien/a-70597405](http://www.dw.com/de/bericht-t%C3%BCrkische-drohnen-t%C3%B6ten-viele-zivilisten-in-syrien/a-70597405)) angreift, und falls keine solchen Garantien vereinbart wurden, aus welchem Grund wurde darauf verzichtet?

35. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die realisierten sowie erwarteten Einnahmen aus dem nationalen sowie dem europäischen Emissionshandel im Zeitraum von der Einführung 2021 bis 2030 (bitte jährlich angeben)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen**

36. Abgeordneter  
**Dr. Michael Meister**  
(CDU/CSU)
- Bis wann wird Deutschland seinen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan in Brüssel einreichen, und welche verbindlichen, mehrjährigen Fiskalpfade sind darin vorgesehen?
37. Abgeordneter  
**Dr. Michael Meister**  
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt Deutschland im Zusammenhang mit der Einreichung seines mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans in Brüssel, die fiskalische Anpassungsperiode für seine Staatsfinanzen von vier auf sieben Jahre zu strecken, um die Vorgaben des reformierten EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts zu erfüllen, und wenn ja, welche hierfür notwendigen Reformen und Investitionen sollen konkret zugesagt werden?
38. Abgeordneter  
**Matthias Hauer**  
(CDU/CSU)
- Mit welchen Ergebnissen wurden die mit den Sanktionsdurchsetzungsgesetzen I und II (SDG I und SDG II) eingeführten Regelungen und Befugnisse durch die Bundesregierung evaluiert, und wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Evaluierungsbericht zu den SDG I und II übermitteln, der dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestages spätestens bis Ende Juni 2024 vorgelegt werden sollte (vgl. Bundestagsdrucksachen 20/1892, 20/4534, 20/11496 sowie Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 26 auf Bundestagsdrucksache 20/12862)?
39. Abgeordneter  
**Torsten Herbst**  
(FDP)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die bisherigen Steuermehreinnahmen durch die Einführung der Bonpflicht, und wie hoch schätzt die Bundesregierung den bisherigen zusätzlichen Erfüllungsaufwand für Unternehmen und Finanzämter?

40. Abgeordneter  
**Christian Görke**  
(Gruppe Die Linke)
- Liegen der Bundesregierung Berechnungen darüber vor, wie sich eine Senkung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Lebensmittel auf 5 Prozent oder 0 Prozent verteilungspolitisch auswirken würde, und wenn ja, wie sehen diese aus (bitte sowohl die absoluten als auch die relativen Auswirkungen angeben)?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat**

41. Abgeordneter  
**Tobias Matthias Peterka**  
(AfD)
- Welches Fazit zieht die Bundesregierung zur Ankündigung des Bundeskanzlers, „im großen Stil“ abzuschieben, für das Jahr 2024 (vgl. [www.welt.de/politik/deutschland/plus254656662/Gross-angekündigte-Abschiebeoffensive-von-Scholz-war-ein-einziger-Bluff.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/plus254656662/Gross-angekündigte-Abschiebeoffensive-von-Scholz-war-ein-einziger-Bluff.html), abgerufen am 29. November 2024)?
42. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- Wie viele Mitglieder einer von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder als gesichert rechtsextremistisch bzw. als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuften Burschenschaft bzw. wie viele Burschenschaftler, bei denen selbst tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung bestehen, sind per 30. September 2024 nach Kenntnis der Bundesregierung Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse?
43. Abgeordnete  
**Martina Renner**  
(Gruppe Die Linke)
- In welchem Umfang haben Bundesbehörden seit 2022 bei der Kontrolle bzw. Überwachung des grenzüberschreitenden Verkehrs Kriegswaffen, Gewehre und Pistolen bzw. Munition sichergestellt bzw. beschlagnahmt (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Kriegswaffen, Langwaffen, Pistolen, Munition)?

44. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)

Möchte die Bundesregierung die Möglichkeit schaffen (etwa durch Verwaltungsvorgaben zur Anwendung der Vermutens-Regelung in § 73 Absatz 7 des Asylgesetzes – AsylG), Reisen von syrischen Staatsangehörigen nach Syrien mit einem Flüchtlingsstatus in Deutschland ohne einen drohenden Verlust desselben zu ermöglichen, damit die Betroffenen vor Ort einschätzen können, ob ihnen eine Rückkehr in Sicherheit und Würde möglich ist, vor dem Hintergrund der Neuregelung zu Reisen in den Herkunftsstaat in § 73 Absatz 7 AsylG bzw. § 47b des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), die dies nach meiner Einschätzung erschwert oder sogar unmöglich macht, und wenn ja, wodurch, und wie können syrische Staatsangehörige mit einem Flüchtlingsstatus vor einer Reise nach Syrien wissen/erfahren, ob z. B. der nach dem Fall des Assad-Regimes nach Jahren bzw. Jahrzehnten möglich gewordene Besuch enger Verwandter in Syrien vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als „sittlich zwingend geboten“ angesehen werden wird, sodass sie nicht mit einem Verlust ihres Flüchtlingsstatus rechnen müssen?

45. Abgeordnete  
**Clara Bünger**  
(Gruppe Die Linke)

Hat die Bundesregierung bzw. das Bundesministerium des Innern und für Heimat in diesem Jahr in irgendeiner Form (schriftlicher Hinweis, Rundschreiben, E-Mail, mündliche Besprechung usw.) gegenüber den Bundesländern bzw. den Ausländerbehörden/Kommunen darauf hingewirkt, dass in Dublin-Fällen (d. h., wenn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit Verweis auf die Zuständigkeit eines anderen zuständigen Mitgliedstaates einen negativen Bescheid erlassen hat) keine Duldungen erteilt werden sollten oder hat sie entsprechende Informationen (etwa zur Rechtslage) gegeben, die so verstanden werden könnten (wenn ja, bitte mit Datum, wesentlichem Inhalt und Empfängerkreis ausführen), und zieht die Bundesregierung Konsequenzen aus dem Rundschreiben des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration in Rheinland Pfalz vom 5. Dezember 2024 ([https://mffki.rlp.de/fileadmin/07/Dokumente/Themen/Integration/Rundschreiben\\_zur\\_Fluechtlingspolitik/Rundschreiben\\_zum\\_Thema\\_AsyblG/RS\\_des\\_MFFKI\\_vom\\_05.12.2024\\_zum\\_Gesetz\\_zur\\_Verbesserung\\_der\\_innen\\_Sicherheit\\_und\\_des\\_Asylsystems\\_Reform\\_der\\_Ueberbrueckungslei.pdf](https://mffki.rlp.de/fileadmin/07/Dokumente/Themen/Integration/Rundschreiben_zur_Fluechtlingspolitik/Rundschreiben_zum_Thema_AsyblG/RS_des_MFFKI_vom_05.12.2024_zum_Gesetz_zur_Verbesserung_der_innen_Sicherheit_und_des_Asylsystems_Reform_der_Ueberbrueckungslei.pdf)), wonach die neue Ausschlussregelung nach § 1 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Asylbewerberleistungsgesetzes verfassungs- und unionsrechtswidrig sein soll und deswegen immer zumindest Überbrückungs- bzw. Härtefalleistungen bis zur tatsächlichen Ausreise zu gewähren sind, und wenn ja, welche (bitte ausführen)?